

Mehr Mittelstand wagen!

*55 Forderungen auf sieben Handlungsfeldern
für eine tragfähige Mittelstands-Strategie der Bundesregierung*

18. Juni 2019

Ausgangslage

Ob eigenständig aktiv oder eingebunden in leistungsfähige, branchenübergreifende Wertschöpfungsverbünde: der Mittelstand mit seinen vielen Familienunternehmen bietet innovative Systeme, vielseitige Produkte und passende Dienstleistungen. Lösungen, die weltweit nachgefragt, doch meist in Deutschland erdacht, entwickelt und zuerst eingesetzt werden.

Mittelstand und Familienunternehmen aller Größen schaffen attraktive Arbeitsplätze und gute Ausbildung auch in ländlichen Regionen, sichern Aufkommen für das Steuersystem und die Sozialversicherungen. Nach Größe und Branchen ausdifferenzierte Unternehmensstrukturen bleiben ein Garant für die dynamischen Wettbewerbsvorteile der deutschen Industrie und für die nachhaltige Resilienz der Sozialen Marktwirtschaft als Modell für eine erfolgreiche Wirtschaft und eine lebhafte Gesellschaft.

Mittelstand und Familienunternehmen stehen vor erheblichen Herausforderungen – seien es steigende Steuerlasten und Energiepreise, hohe Bürokratielasten, Engpässe bei Fachkräften oder auch die drohende Dynamik bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Die Politik ist gefordert, mit einer tragfähigen Strategie die Weichen richtig zu stellen.

Das ist umso drängender, als Deutschland im internationalen Standortvergleich zurückfällt. Beispielsweise haben zahlreiche europäische Länder Steuerstrukturreformen umgesetzt. Die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmen in der OECD liegt bei 24,7 Prozent und in der EU-28 bei 21,7 Prozent. Deutschland liegt deutlich darüber.

Zudem verliert die Konjunktur an Dynamik. Die Unsicherheit mit Blick auf die außenwirtschaftliche Entwicklung ist nach wie vor hoch (u. a. aufgrund von Handelsstreitigkeiten, Protektionismus und Brexit). Noch dazu kommen „hausgemachte“ Belastungen etwa in der Energie-, Klima- oder Umwelt- oder Arbeitsmarktpolitik. Vor diesem Hintergrund ist eine Entlastung kleiner und mittelständischer Unternehmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zum jetzigen Zeitpunkt unabdingbar.

Wer in der Politik die besondere Qualität von Mittelstand und Familienunternehmen anerkennt, der sollte mindestens drei Dinge berücksichtigen:

- Mittelständler haben – meist seit Generationen – ihren Standort in eher ländlichen Regionen. Vor Ort brauchen sie verlässliche Anbindungen an die Ballungszentren, etwa durch leistungsfähige Infrastrukturen für Energie, Verkehr, Digitales und Bildung.
- Personell und finanziell werden mittelständische Unternehmen durch Verwaltungslasten übermäßig beeinträchtigt. Sie brauchen ehrgeizigen Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, um sich zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf Produkt- und Prozessinnovationen konzentrieren zu können.
- Immer mehr Mittelständler sind im Handel und mit Investitionen gerade über Grenzen hinweg erfolgreich aktiv. Sie brauchen offene Märkte in Europa und weltweit.

Wichtiges Ziel fast aller Mittelständler ist es, das eigene Unternehmen gut ausgestattet an die nächste Generation übergeben zu können. Hierfür braucht es den passenden ordnungs- und wirtschaftspolitischen Rahmen. Nicht zuletzt daran, ist die Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit jeder Mittelstandsstrategie zu messen.

In diesem Sinne legen BDA und BDI 55 Forderungen auf sieben Handlungsfeldern und Vorschläge für eine leistungsfähige Umsetzungsstruktur unter einem klaren Motto vor: **Mehr Mittelstand wagen!**

1. Energiekosten begrenzen!

Gerade der Mittelstand leidet unter hohen Energiepreisen. Unternehmen wollen Betriebe nicht verlegen, sind aber nur selten von der Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien („EEG-Umlage“) befreit. Im internationalen Wettbewerb müssen sie dennoch bestehen. Die Bundesregierung sollte endlich eine abgestimmte mittelstandstaugliche Energie- und Klimapolitik verfolgen. Ohnehin drohen – ganz abgesehen von steigenden Netzentgelten – weitere Belastungen. Durch eine vorzeitige Reduzierung der Kohleverstromung können Strompreise bis zum Jahr 2030 kumuliert um bis zu 54 Milliarden Euro steigen. Ohne gezielte Kompensation beschädigt der politisch getriebene Strompreisanstieg gerade Mittelstand und Familienunternehmern schwer.

Daher gehört zu einer tragfähigen Mittelstandsstrategie:

- Rahmenbedingungen für international wettbewerbsfähige Strompreise (inklusive Netzentgelte) sicherstellen und damit unternehmerische Planungssicherheit am Standort stärken
- weitergehende Maßnahmen für die planungssichere Entlastung von stromintensiven Unternehmen vorsehen und beihilferechtlich absichern
- Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zu den Netzentgelten in Höhe von mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr für alle Verbrauchergruppen budgetieren
- EEG-Alternative prüfen und System der EEG-Umlage grundlegend reformieren
- Energieeffizienz fördern
- steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierungen einführen

2. Strukturreformen bei Steuern und Abgaben umsetzen!

Das Hochsteuerland Deutschland belastet den Mittelstand an zu vielen Stellen zu stark. Steuern gezielt zu reformieren heißt auch, den global verschärften Steuerwettbewerb endlich anzunehmen. Es ist höchste Zeit für eine umfassende Unternehmenssteuerreform, die finanzielle Belastungen auf maximal 25 Prozent senkt. Gleichzeitig muss Steuerbürokratie – etwa bei Betriebsprüfungen oder durch Aufbewahrungsfristen – reduziert werden. Für einen positiven Impuls gilt es, Forschung und Entwicklung in Unternehmen steuerlich zu fördern. Auch müssen dringend erforderliche Strukturreformen in den Sozialversicherungen umgesetzt werden. Ansonsten droht auf Basis geltenden Rechts ein Anstieg alleine bei den Sozialabgaben auf 50 Prozent des Bruttolohns bis 2040. Es braucht an vielen Stellen

klare Schritte, die spürbar im Mittelstand ankommen und den Standort Deutschland wieder attraktiv machen.

Daher gehört zu einer tragfähigen Mittelstandsstrategie:

- Forschung und Entwicklung auch für Mittelstand und KMU steuerlich fördern
- Auftraggeber bei Auftragsforschung förderfähig machen
- Solidaritätszuschlag bis Ende 2019 komplett abschaffen
- Grundsteuer aufkommensneutral und bürokratiearm modernisieren
- Unternehmensnachfolge im Mittelstand erleichtern – Erbschaftsteuer praxisgerecht korrigieren, Wegzugsbesteuerung modernisieren, Thesaurierungsbegünstigung mittelstandstauglich ausgestalten
- Wegzugsbesteuerung aussetzen, damit Nachwuchs-Familienunternehmer, die „Lehr- und Wanderjahre“ machen, nicht doppelt besteuert werden
- Sozialabgaben dauerhaft unter 40 Prozent des Bruttolohns halten
- Gesetzliches Renteneintrittsalter nach 2029 schrittweise entsprechend der Entwicklung der ferneren Lebenserwartungen anheben sowie alle Frühverrentungsanreize beseitigen
- Wettbewerb im Gesundheitswesen auf allen Ebenen intensivieren und die Eigenverantwortung der Versicherten ausbauen

3. Ländlichen Raum stärken!

Der Mittelstand ist oft – meist seit Generationen – im ländlichen Raum und in mittelgroßen Städten beheimatet. Hier finden sich häufig international tätige Hidden Champions. Für den Standort bringt das Stärke in der Breite, für Unternehmen wird das zunehmend nachteilig. Während viele Ballungsgebiete und ausgewählte Regionen boomen, sehen sich ganze Landstriche zunehmend abgehängt. Mangelhafte oder gar fehlende Infrastrukturen – von Straße und Schiene über das digitale Netz bis hin zur Versorgung mit Gesundheit, Mobilität und Kultur – fordern Unternehmen immer stärker. Spürbare Defizite auf diesem Feld befördern weiteren Wegzug und verschleißen gesellschaftlichen Zusammenhalt inklusive politischer Toleranz. Das wiederum erschwert es Unternehmen, Fachkräfte aus dem In- und Ausland zu gewinnen.

Daher gehört zu einer tragfähigen Mittelstandsstrategie:

- modernste digitale Infrastruktur auch im letzten Winkel sicherstellen
- Verkehrswege für leistungsfähige Anbindungen ertüchtigen und modernisieren
- Logistik und effiziente Anbindung an weltweite Exportmärkte als wichtigen Bestandteil moderner Wertschöpfungsketten begreifen und befördern
- bezahlbare Mobilität für Beschäftigte und deren Familien sicherstellen
- attraktive Institutionen und Strukturen für Bildung und (duale) Ausbildung auch in der Fläche erhalten
- Strukturwandel in Regionen des Braunkohletagebaus und an den Steinkohlekraftwerksstandorten erfolgreich gestalten und die von der „Kohlekommission“ empfohlenen Überprüfungszeitpunkte (2023, 2026 und 2029) zur Nachsteuerung nutzen

4. Mittelstand in Umwelt- und Klimapolitik mitdenken!

Der Mittelstand bekennt sich zu einem hohen Maß an Umwelt- und Ressourcenschutz. Marktchancen steigen durch Umweltpolitik mit Augenmaß. Zunehmend invasive Nadelstiche durch Umweltvorgaben nagen an der Standortqualität. Das schmälert die Basis für erfolgreiches Unternehmertum, nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze. Mittelständische Betriebe sind oft über lange Zeit in kleinstädtischen Strukturen gewachsen, Vorgaben zu Abstandsflächen oder Luftgrenzwerten gehen daher teils am Alltag vorbei. Die nationale Übererfüllung europäischer Vorgaben schafft erhebliche Nachteile im zunehmend internationalen Wettbewerb.

Daher gehört zu einer tragfähigen Mittelstandsstrategie:

- 1 zu 1-Umsetzung europäischer Vorgaben bei Klima/Umwelt/Energie durchgängig sicherstellen
- technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) praktikabel und auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse ausgestalten – Modernisierung bestehender Anlagen weiter ermöglichen
- neue Regulierung und Vorgaben vorab praxisgerecht testen und an realistische Bedingungen vor Ort ausrichten
- Clearingstelle Mittelstand für alle neuen umweltrechtlichen Vorgaben einführen

5. Bürokratie abbauen, besseres Recht setzen und modernes Arbeitsrecht schaffen!

Bürokratie belastet Unternehmen aller Größen und Branchen. Gerade der Mittelstand leidet wegen begrenzter personeller und finanzieller Kapazitäten unter neuen und geplanten Regulierungen etwa des Arbeitsrechts – beispielsweise dem Rechtsanspruch auf eine befristete Teilzeitphase. Ein hohes Maß an Bürokratie ist ein Standortnachteil im internationalen Wettbewerb. Bürokratie bindet Kapazitäten, die letztlich für Innovation, Wachstum und Arbeitsplätze fehlen. Das schadet Unternehmen, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen. Notwendig bleibt eine europäische Perspektive auf weniger Bürokratie, denn Recht kommt immer mehr aus der EU.

Daher gehört zu einer tragfähigen Mittelstandsstrategie:

- Bürokratieentlastungsgesetz III verabschieden – überzogene Bürokratieanforderungen konsequent abbauen
- Aufbau von zusätzlicher überflüssiger Bürokratie durch neue Gesetze vermeiden – einmaligen und laufenden Erfüllungsaufwand spürbar senken
- Genehmigungsverfahren für Unternehmen beschleunigen – auch bei Ansiedlung und bei Ausbau bestehender Standorte
- KMU-Test in Gesetzesfolgenabschätzung konsequenter anwenden, um Belange der mittelständischen Unternehmen zu berücksichtigen
- funktionierende digitale Verwaltung (E-Government) schaffen – Onlinezugangsgesetz in Bund, Ländern und Kommunen umsetzen und alle Verwaltungsdienstleistungen bis zum Jahr 2022 digital anbieten
- Gesetze konsequent und mit transparenten Kriterien evaluieren
- EU-Richtlinien „1 zu 1“ in nationales Recht umsetzen und Effekte in die Bürokratiebremse („One in, one out“) einbeziehen
- Sachverstand auch der Wirtschaft schon in Vorarbeiten zu Rechtsetzungsverfahren einbeziehen und besseres Recht setzen
- Arbeitszeitgesetz für Digitalisierung fit machen – Höchstarbeitszeit muss entsprechend der EU-Arbeitszeitrichtlinie variabler gestaltet werden können
- Arbeitsmarktchancen erhalten – auf Beschränkungen bei sachgrundlosen Befristungen verzichten

- Unternehmerisches Entscheidungsdispositiv achten – Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten und Homeoffice verhindern
- familiengeführten Mittelstand durch Unternehmenssanktionsrecht nicht doppelt – also Unternehmen und Gesellschafter / Familie – bestrafen.

6. Auf Europa setzen!

Für den Mittelstand gilt: in Deutschland zuhause, in Europa aktiv. Fast 90 Prozent der mittelständischen Industrieunternehmen sind entweder direkt oder indirekt im Export tätig. Bei industrienahen Dienstleistungen liegt der Anteil bei über 50 Prozent. Mittelständische Auslandsaktivitäten fokussieren auf Europa: rund zwei Drittel von Absatz, Einkauf und Produktionskapazität im Ausland sind hier verortet.

Im zweiten Halbjahr 2020 hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. Das ist gute Gelegenheit, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wert von Mittelstand und Familienunternehmen auch europäisch auf die Tagesordnung zu setzen.

Daher gehört zu einer tragfähigen Mittelstandsstrategie:

- Wettbewerbsfähigkeit von Mittelstand und Familienunternehmen prioritär, über alle Politikbereiche hinweg und mit klaren Verantwortlichkeiten in der politischen Agenda von EU-Institutionen verankern
- Europäischen Binnenmarkt vollenden und Binnenmarkt für Digitales und Energie schaffen
- Entsendungen erleichtern, kurzzeitige Dienstreisen unbürokratischer machen („A1-Bescheinigungen“)
- weitere Freihandelsabkommen – auch mit den USA als wichtigen außer-europäischen Markt – abschließen
- kraftvolles „KMU-Kapitel“ in Freihandelsabkommen verankern
- Reform der europäischen KMU-Definition durch höhere Schwellenwerte zu Beschäftigten und Finanzen vorantreiben
- EU-Haushalt auf Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ausrichten und dem Mittelstand bürokratiearmen Zugang in EU-Förderprogramme öffnen

7. Fachkräftemangel begegnen!

In Mittelstand und Familienunternehmen fehlen immer mehr ausgebildete Fachkräfte. Engpasssituationen bei beruflich Qualifizierten nehmen stärker zu als bei Personen mit Hochschulabschluss. Nicht zuletzt die Digitalisierung der Arbeitswelt macht stete Weiterbildung von Beschäftigten zentral. Schon heute investieren hier 85 Prozent der Unternehmen – jährlich fließen etwa 33,5 Milliarden Euro in die Weiterbildung, Tendenz steigend.

Bei aller Priorität für das Erschließen inländischer Potenziale ist auch ein konsequentes Anwerben ausländischer Fachkräfte unumgänglich. Insbesondere erleichterte Zuwanderungsmöglichkeiten für beruflich Qualifizierte können die Fachkräftebasis stärken. Die Verabschiedung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist deshalb sehr zu begrüßen. Das Zuwanderungsrecht kann aber nur so gut wie dessen praktische Umsetzung sein. Monatelange Wartezeiten bei Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen müssen beendet werden. Mittelstand und Familienunternehmen allein können diese Aufgabe nicht allein stemmen, es braucht gezielte gesetzgeberische Flankierung. Auch bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU bleiben Hindernisse. Benötigt werden strukturierte Übersichten und gesammelte Informationen für verlässliches Wissen, was etwa gegenüber Behörden anderer EU-Länder zu beachten ist.

Daher gehört zu einer tragfähigen Mittelstandsstrategie:

- Beratungsangebot durch Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit noch konsequenter auf kleine und mittlere Unternehmen ausrichten, Fördermöglichkeiten individuell auf Betriebe abstimmen
- Transformationsanreize für Arbeitgeber von (hoch-)qualifizierten Beschäftigten schaffen und digitale Weiterbildung unterstützen
- steuerliche Weiterbildungsförderung einführen
- staatlich geförderte Frühverrentung durch die baldmögliche Beendigung der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren begrenzen
- Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht praxisgerecht umsetzen. Visastellen und Ausländerbehörden personell auskömmlich ausstatten, Zusammenarbeit der Stellen durch e-Government-Lösungen effizienter gestalten.
- Aufhebung des Beschäftigungsverbots in der Zeitarbeit für Drittstaatsangehörige, die zum Zwecke der Erwerbstätigkeit nach Deutschland kommen wollen

Leistungsfähige Umsetzungsstruktur einführen!

Eine tragfähige Mittelstandsstrategie greift nicht ohne leistungsfähige **Umsetzungsstruktur** in der gesamten Bundesregierung und darüber hinaus. Daher gehört zu einer tragfähigen Mittelstandsstrategie:

- Verantwortlichkeit für Mittelstandspolitik in allen Ressorts sicht- und spürbar verankern und ressortübergreifende Verbindungen etablieren
- „Beauftragten der Bundesregierung für Mittelstand“ weiter stärken
- ressortübergreifenden Staatssekretärsausschuss unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums einrichten, der Ausgestaltung und Umsetzung der Strategie begleitet
- repräsentatives Dialogforum aus Unternehmen und Verbänden etablieren, das Priorisierung von Maßnahmen unterstützt, diese mit dem unternehmerischen Alltag abgleicht und den Staatssekretärsausschuss gezielt unterstützt
- leistungsfähige „Clearingstelle Mittelstand“ der Bundesregierung etablieren

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
T: +49 30 2028-0
www.bdi.eu

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
Breite Straße 29
10178 Berlin
T: +49 30 2033-0
www.arbeitgeber.de

Ansprechpartner

Fabian Wehnert
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Abteilungsleiter
Mittelstand und Familienunternehmen
T: +49 30 2028-1470
f.wehnert@bdi.eu

RA Daniel Schwake
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Stellvertretender Abteilungsleiter
Mittelstand und Familienunternehmen
T: +49 30 2028-1413
d.schwake@bdi.eu

Dr. Oliver Perschau
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
Abteilungsleiter
Volkswirtschaft | Finanzen | Steuern
T: +49 30 2033-1951
o.perschau@arbeitgeber.de